

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/23929 –

### Propaganda mit Journalismus begegnen – Für eine starke Zivilgesellschaft auch in Belarus

#### A. Problem

Die Bundesregierung soll die Opposition in Belarus unterstützen unter anderem, indem sie dabei hilft, die Menschen dort mit glaubwürdigen Informationen und unabhängiger Berichterstattung zu versorgen. In Belarus würden unter dem Regime Alexander Lukaschenkos Menschenrechte konsequent verletzt und Kritiker unterdrückt. Nach der Fälschung der jüngsten Präsidentschaftswahlen suche die Opposition internationale Unterstützung, nicht zuletzt in Deutschland. Die Fraktion der FDP setzt sich dafür ein, die Deutsche Welle zu stärken, damit der deutsche Auslandsrundfunk über diverse Wege russischsprachige Medienangebote in den Ländern der östlichen Partnerschaft, dabei speziell in Belarus, ausbauen kann.

Die Deutsche Welle soll präsenter in sozialen Medien werden, Messenger-Dienste nutzen und ein russischsprachiges TV-Vollprogramm in Belarus aufbauen. Auch die DW Akademie könne eine wichtige Rolle spielen, glaubt die Fraktion, die des Weiteren auf Fact-Checking-Angebote gegen Desinformation setzt und von der Bundesregierung fordert, dass sie sich auf diplomatischem Weg für Journalisten einsetzt, deren Arbeit in Belarus behindert wird.

#### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Keine.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/23929 abzulehnen.

Berlin, den 9. März 2021

**Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Katrin Budde**  
Vorsitzende

**Elisabeth Motschmann**  
Berichterstatterin

**Martin Rabanus**  
Berichterstatter

**Martin Erwin Renner**  
Berichterstatter

**Thomas Hacker**  
Berichterstatter

**Doris Achelwilm**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Martin Rabanus, Martin Erwin Renner, Thomas Hacker, Doris Achelwilm und Margit Stumpp**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 19/23929** in seiner 188. Sitzung am 4. November 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung soll die Opposition in Belarus unterstützen unter anderem, indem sie dabei hilft, dass die Menschen dort Zugang zu glaubwürdigen Informationen und unabhängiger Berichterstattung erhalten. In Belarus würden unter dem Regime Alexander Lukaschenkos Menschenrechte konsequent verletzt und Kritiker unterdrückt. Nach der Fälschung der jüngsten Präsidentschaftswahlen suche die Opposition internationale Unterstützung, nicht zuletzt in Deutschland.

Die Fraktion der FDP setzt sich dafür ein, die Deutsche Welle (DW) zu stärken, damit der deutsche Auslandsrundfunk über diverse Wege russischsprachige Medienangebote in den Ländern der östlichen Partnerschaft, dabei speziell in Belarus, ausbauen kann. Die DW stehe weltweit für hohe journalistische Standards und kritische Berichterstattung. Sie könne als Leuchtturm Wirkung zeigen, wenn sie sich der konvergenten Medienwelt anpassen könne.

Die DW soll präsenter in sozialen Medien werden, Messenger-Dienste nutzen und ein russischsprachiges TV-Vollprogramm in Belarus aufbauen. Auch die DW Akademie könne eine wichtige Rolle spielen, glaubt die Fraktion, die des Weiteren auf Fact-Checking-Angebote gegen Desinformation setzt und von der Bundesregierung fordert, dass sie sich auf diplomatischem Weg für Journalisten einsetzt, deren Arbeit in Belarus behindert wird.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 75. Sitzung am 3. März 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 88. Sitzung am 10. Februar 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfahl in seiner 73. Sitzung am 3. März 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfahl in seiner 86. Sitzung am 3. März 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 66. Sitzung am 3. März 2021 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bedankte sich dafür, dass die Fraktion der FDP mit ihrem Antrag ein wichtiges Thema gesetzt habe. Das belarussische Regime blockiere systematisch den Zugang zu glaubwürdigen Informationen und zu unabhängiger Berichterstattung, und das schon seit Jahrzehnten. Staatliche Sender und Sender aus Russland verbreiteten gezielt Desinformationen und Fake News.

Nun fordere die Fraktion der FDP den Ausbau der russischsprachigen Medienangebote bei der DW inklusive des schnellen Aufbaus eines russischsprachigen TV-Vollprogramms für Belarus. Außerdem sollten die Angebote der DW Akademie für die Region ausgebaut werden.

Der Ausbau der Online-Angebote der DW in Belarus sei grundsätzlich zu begrüßen, die dortige Opposition brauche in ihrem Kampf gegen Präsident Lukaschenko jede Unterstützung, so wie sie Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja gefordert habe. Im Bundeshaushalt 2021 seien bereits 387,5 Mio. Euro für die DW eingestellt. Damit sei sie in der Lage, die belarussischen Angebote auszubauen. Ein russischsprachiges TV-Vollprogramm speziell für Belarus sei hingegen unrealistisch. Angesichts der finanziellen Mittel, die der DW zur Verfügung stünden, sei es richtig, wenn sie sich in der Sparte Fernsehen auf die Sprachen Englisch, Arabisch und Spanisch konzentriere. Ein neues TV-Programm zu etablieren koste zu viel Zeit und sei zu teuer. Zusätzliche Online-Angebote könnten hingegen kurzfristig realisiert werden.

Es sei wichtig, die Situation in Belarus im Blick zu behalten. Mit ihrem Antrag habe die Fraktion der FDP dazu beigetragen, dass die dortige Oppositionsbewegung nicht in Vergessenheit gerate. Dafür sei ihr zu danken, dennoch werde die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, auch sie votiere nicht gegen die Intention des Antrags, wenn sie ihn am Ende ablehne, sondern übe Kritik im Detail. Wie die Fraktion der CDU/CSU dankte auch die Fraktion der SPD der Fraktion der FDP ausdrücklich dafür, das Thema aufgegriffen zu haben. Es gelte, nicht nur mit Sanktionen zu reagieren, sondern die Zivilgesellschaft in Belarus zu unterstützen und der Opposition zu helfen. Diese Lehre habe man nicht zuletzt aus dem arabischen Frühling gezogen. Deshalb würden beispielsweise über die östliche Partnerschaft Wege gesucht, um zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen in Belarus zu stärken. Es gebe bereits zu den Themen Erinnerungskultur, Nachhaltigkeit und Wahlbeobachtung längerfristig gewachsene Verbindungen. Gleichzeitig stelle sich die Herausforderung, die Partnerorganisationen nicht zu gefährden. Als weiteres Instrument werde das Endowment auf europäischer Ebene eingesetzt.

Im Gesamtzusammenhang spiele die DW natürlich eine Rolle, allerdings neben anderen wie dem Goethe-Institut oder dem DAAD. Ziel sei es, die Selbstorganisation der Opposition und der Zivilgesellschaft zu fördern. In der Vergangenheit habe man leider die Erfahrung machen müssen, dass erfolgreicher Widerstand mangels Unterstützung von außen sterbe. Das dürfe der Deutsche Bundestag in Belarus nicht zulassen. Das Grundanliegen der FDP-Fraktion betrachte die Fraktion der SPD also mit Sympathie.

Die **Fraktion der AfD** zitierte den Titel des Antrags und erklärte, diesem Titel könne man zustimmen, alles Weitere sei allerdings abzulehnen. Die Fraktion der FDP fordere von der DW, Außenpolitik zu betreiben. Darauf laufe der Antrag hinaus. Die DW solle als Instrument der aktiven außenpolitischen Einflussnahme weiter ausgebaut werden.

Wenn die Fraktion der FDP ein russischsprachiges TV-Vollprogramm für Belarus und ein Korrespondentenbüro vor Ort fordere, um die Lebenswirklichkeit der Menschen dort besser abzubilden, betreibe sie Framing. Die DW solle unverhohlen die belarussische Zivilgesellschaft missionieren und der staatlichen Propaganda entgegentreten. Die DW werde zudem aufgefordert, Zensur- und Blockademaßnahmen zu unterlaufen. Dafür drücke die Fraktion der FDP beim Blick auf den eigentlichen Auftrag der DW ein Auge zu. Die DW entferne sich trotz eines konstant steigenden Budgets immer weiter von ihren gesetzlich vorgegebenen Pflichten, Deutschland zu repräsentieren und die deutsche Sprache zu fördern.

Natürlich sei die aktuelle Situation in Belarus auch für Journalisten und aus demokratischer Perspektive unhaltbar. Trotzdem könne es nicht Aufgabe des deutschen Auslandsrundfunks, den es gebe, um die deutsche Kultur und Sprache nach vorn zu bringen, sein, dort dergestalt zu agieren. Der Antrag könne nur abgelehnt werden.

Die **Fraktion der FDP** beschrieb zunächst die Situation in Belarus. Dort beeindruckten Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Protest, während die gegen das eigene Volk gerichteten Reaktionen der Staatsführung Entsetzen auslösten. Immer mehr Menschen würden inhaftiert. Hinzu komme die Konzentration der Medien. Es gebe fast nur noch staatliche Propaganda, kaum noch freie Medien. Als eine der Oppositionsführerinnen habe Swetlana Tichanowskaja bereits im Herbst 2020 in Berlin darum gebeten, nicht nur mit Sanktionen zu reagieren, sondern den Menschen in Belarus zu helfen, sich frei zu informieren.

Die Fraktion der FDP habe deshalb beantragt, den Auslandsrundfunk zu beauftragen, sein Angebot in Belarus auszuweiten. Die DW werde über die Kontinente hinweg als vertrauenswürdige Quelle respektiert. Sie präsentiere die demokratische Grundausrichtung Deutschlands in der Welt. Die DW könne in russischer Sprache in Belarus aktiv werden, um den staatlich gelenkten Medien ebenso wie der Propaganda Russlands etwas entgegenzusetzen.

Die Fraktion sei froh über erste Schritte, die eingeleitet und im Haushalt abgesichert worden seien. Die ersten Schritte reichten allerdings nicht. Es gelte, den Menschen in Belarus zu zeigen, dass Deutschland an ihrer Seite stehe und ihr Streben nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstütze.

Die **Fraktion DIE LINKE**. konstatierte ebenfalls, das Thema sei wichtig. Seit den dortigen Wahlen sei der Druck auf Justiz und Medien in Belarus gewachsen. Es müsse international mehr Anstrengungen geben, die Pressefreiheit zu stärken. Auf der Rangliste von Reporter ohne Grenzen rangiere das Land auf Platz 153 von 180. Die Situation sei eindeutig. Journalistinnen und Journalisten berichteten, dass ihnen bei ihrer Arbeit täglich drohe, festgenommen zu werden. In Europa bestehe Handlungsbedarf, dem sich auch Deutschland nicht entziehen könne.

Die Fraktion DIE LINKE. vermisse im Antrag der Fraktion der FDP einen Verweis auf europäische Bemühungen und Programme. Wichtig sei es, auf die Selbstorganisationskräfte zu schauen. Menschenrechtsverbände und Organisationen von Medienschaffenden müssten unterstützt werden. Es reiche nicht, auf Staatspropaganda mit einem Ausbau der DW-Programme zu reagieren, sondern die freien Medien, die noch in Belarus arbeiteten, brauchten Hilfe ebenso wie die Justiz und die Zivilgesellschaft. Es gehe um einen Prozess, der nicht in wenigen Wochen zum Erfolg führen werde, sondern vermutlich länger brauche.

Die DW habe die Forderungen der Fraktion der FDP selbst als wenig realistisch bewertet. Die Fraktion DIE LINKE. könne daher nicht zustimmen, sondern werde sich enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Fraktion der FDP befasse sich in ihrem Antrag kritisch mit der Situation in Belarus. Die Gewalt gegen Oppositionelle und gegen die Demokratiebewegung sowie die Inhaftierung von über 60 Medienschaffenden würden verurteilt. Parallel dazu gehe die Fraktion auf die Bemühungen der DW ein, eine demokratische Öffentlichkeit in Belarus zu fördern. Im Ergebnis fordere die Fraktion der FDP, den Ausbau des russischsprachigen und crossmedialen Angebots der DW in Belarus verstärkt zu unterstützen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trete ebenfalls für die Stärkung der DW ein. Die DW leiste journalistisch hervorragende Arbeit und erfülle ihren Auftrag. So biete sie hochwertige Berichterstattung und leiste über die DW Akademie einen wertvollen Beitrag zur Ausbildung von Medienschaffenden. Hintergrundberichte und investigativen Journalismus, wie ihn die DW biete, brauche Belarus im Moment. Die willkürlichen und politisch motivierten Inhaftierungen seien aufs Schärfste zu verurteilen. Die Lage in Belarus sei äußerst besorgniserregend.

Leider hätten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD im Rahmen der jüngsten Haushaltsberatungen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt, ein Korrespondentenbüro der DW in Minsk zu finanzieren. Umsetzen könne die Bundesregierung jedoch einfache Maßnahmen, mit denen sich viel erreichen ließe. Dazu gehörten die vereinfachte Ausstellung von Visa für Medienschaffende und Visafreiheit für politisch verfolgte Menschen.

Berlin, den 9. März 2021

**Elisabeth Motschmann**  
Berichterstatterin

**Martin Rabanus**  
Berichterstatter

**Martin Erwin Renner**  
Berichterstatter

**Thomas Hacker**  
Berichterstatter

**Doris Achelwilm**  
Berichterstatterin

**Margit Stumpp**  
Berichterstatterin



